

„Alles brutal vom Tisch gefegt“

Hamburgs Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) über Energiesparen und den Ausstieg aus der Atomkraft

SPIEGEL: Herr Senator, als Sie sich heute morgen rasiert haben, kam der Strom aus der Steckdose. War es Atom- oder Kohlestrom?

VAHRENHOLT: Das war wohl zu etwa zwei Dritteln Strom aus Atommeilern und zu einem Drittel aus Kohlekraftwerken plus ein wenig Energie aus regenerativen Quellen wie Sonne, Wind und Wasser.

SPIEGEL: Mit der Atomrasur soll es nach dem Willen des Sozialdemokraten Vahrenholt möglichst bald vorbei sein. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Electricitäts-Werke, der HEW, betreiben Sie zielstrebig den Ausstieg aus der Kernenergie. Gibt es andere Stromfirmen in Deutschland, die auf einen vergleichbaren Anti-Atomkurs getrimmt worden sind?

VAHRENHOLT: Nein. Wir haben im vergangenen Jahr nach langen, quälenden Diskussionen, auch im Unternehmen, die HEW-Satzung geändert. Der HEW-Kurs steht auf Ausstieg; die Frage ist nur noch, wann die Kernkraftwerke abgeschaltet werden.

SPIEGEL: Ihr Parteifreund Gerhard Schröder, Ministerpräsident in Niedersachsen, hat Ende letzten Jahres mit den Stromkonzernen Veba und RWE einen aufsehenerregenden Kompromiß darüber ausgehandelt, wie alle 20 deutschen Atomreaktoren mittelfristig abgeschaltet werden können. Ist das nicht ein weiter gehender Plan?

VAHRENHOLT: Das ist ein überfälliger Beitrag, um die Ausstiegsgespräche bundesweit wieder in Gang zu bringen. Die politischen Beschlüsse über das sofortige oder schnelle Abschalten der Kraftwerke, die von SPD und Grünen nach dem Super-GAU von Tschernobyl gefaßt worden sind, haben uns nicht weitergebracht. Ich war schon immer der Meinung, daß wir für den Ausstieg aus einer Technologie, für deren Aufbau wir 25 Jahre gebraucht haben, eine ähnliche Zeitspanne benötigen. Die Zeit ist erforderlich, um eine andere Energiebasis zu finden und herzustellen. Andererseits sehe ich in dem sogenannten Konsenspapier einen ganz wesentli-



Umweltpolitiker Vahrenholt (M.): „Kernkraft hat die Gesellschaft viel zu lange gespalten“

chen Mangel: Es ist allein auf die Kernenergie beschränkt. Dringend notwendig aber ist eine Verständigung darüber, welche neuen energiepolitischen Ziele wir ansteuern müssen, um den Gefahren der Atomtechnologie und zugleich der drohenden Klimakatastrophe zu entgehen.

SPIEGEL: Nach dem von Schröder ausgehandelten Kompromiß will die Atomlobby auf die Wiederaufarbeitung verbrauchter Brennelemente verzichten. Führt das zum endgültigen Aus für diese hochgefährliche Technik, bei der das giftige Plutonium in Mengen anfällt?

VAHRENHOLT: Das hoffe ich. Die Entscheidung hätte schon längst getroffen werden müssen. Je früher Schluß gemacht wird mit der Wiederaufarbeitung, um so eher werden wir das fürchterliche Plutoniumproblem los, das ja bis heute ungeklärt ist.

SPIEGEL: Kann es sein, daß die Stromwirtschaft neuerdings die direkte Endlagerung alter Brennstäbe auch deshalb fa-

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Dieter Uentzelmann und Christiane Kohl im Hamburger Rathaus.

Die Atom-Debatte

hat in den letzten Wochen neuen Schub bekommen. Ende 1992 verständigte sich Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) mit den Stromkonzernchefs Klaus Piltz (Veba) und Friedhelm Gieske (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) nach monatelangen Gesprächen über die Zukunft der deutschen Atomanlagen.

In einem mehrseitigen Brief an Helmut Kohl baten die Strommanager den Bundeskanzler, sich auf der Grundlage des Einigungspapiers für einen „überparteilichen Kernenergie-Konsens“ einzusetzen (SPIEGEL 50/1992). Kernpunkte der Übereinkunft:

- ▷ Politik und Wirtschaft verzichten auf die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente; statt dessen wird der strahlende Müll direkt endgelagert, die Weiterverarbeitung des bislang abgetrennten, hochgiftigen Plutoniums im hessischen Hanau entfällt.

vorisiert, weil diese Entsorgungsform um ein vielfaches billiger ist als die Wiederaufarbeitung?

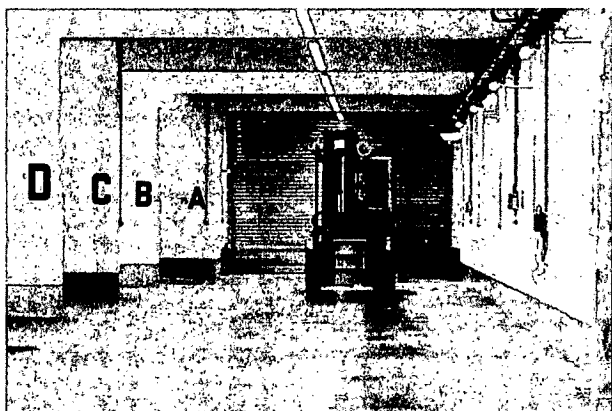
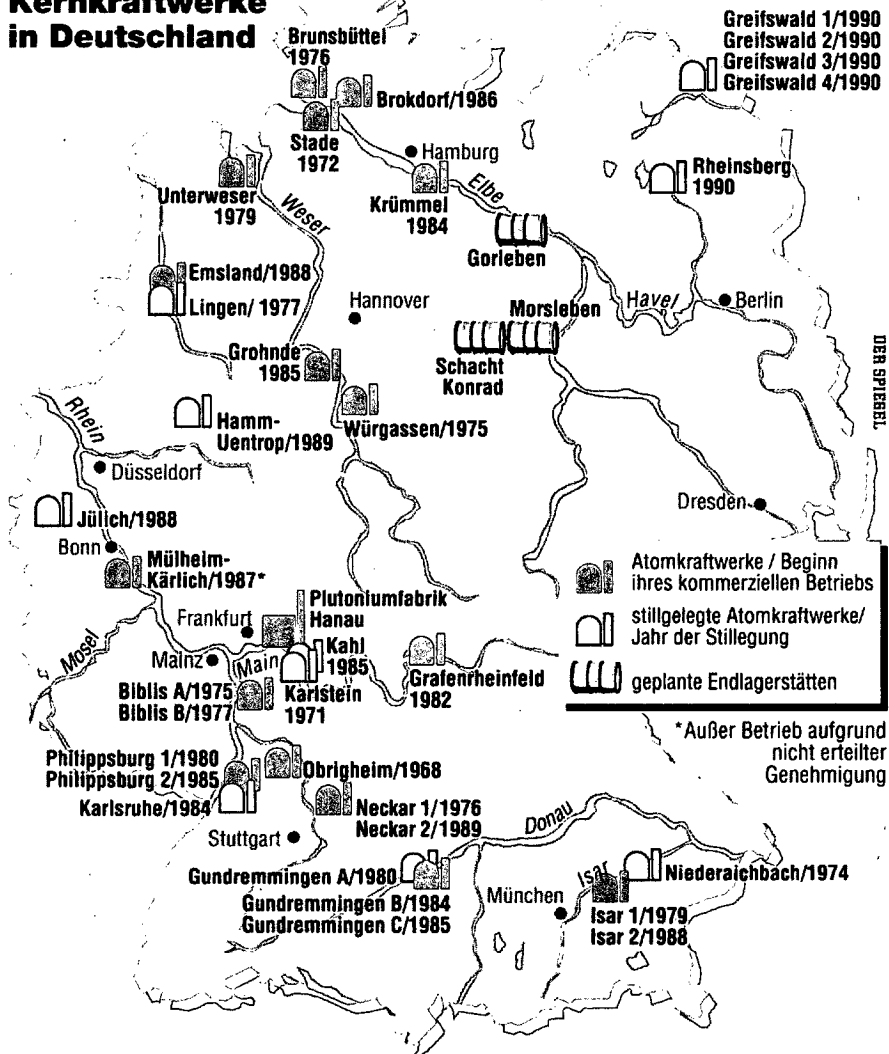
VAHRENHOLT: Die Kostenfrage scheint mir nicht im Vordergrund zu stehen. Für die Stromwirtschaft ist Planungssicherheit viel wichtiger. Unternehmen und Politik sind jahrelang der Fiktion gefolgt, daß Wiederaufarbeitung die ideale Entsorgung ist. Dabei hat diese Technik das Problem der Entsorgung des strahlenden Materials überhaupt nicht beseitigt. Sie ist ein horrender Umweg, geht in die völlig falsche Richtung, ist teuer, unsinnig und enorm risikoreich.

SPIEGEL: Mit dem Verzicht auf Wiederaufarbeitung wird auch die Atomfabrik in Hanau überflüssig, in der wiedergewonnenes Plutonium in neue, sogenannte Mischoxid-Brennelemente für Kraftwerke gemischt wird. Hat der Taktiker Schröder sich damit die Zustimmung des hessischen Grünen-Umweltministers Joschka Fischer zu dem Atomdeal erkauf?

VAHRENHOLT: Die Zustimmung Herrn Fischers ist schon bemerkenswert. Richtig ist, daß wir durch die Wiederaufarbeitung bereits ein atomwaffenfähiges Plutoniumarsenal von 3,6 Tonnen aufgehäuft haben. Das ist unglaublich, da kann man nicht mehr ruhig schlafen. Schon sechs Kilogramm reichen aus, um eine Bombe zu bauen. Der Verzicht auf Mischoxid-Brennelemente ist aber nur verantwortbar, wenn wir einen Weg finden, dieses Material sicher vor Mißbrauch in Glas einzuschließen und endzulagern.

SPIEGEL: Ein anderer Eckpfeiler der bisherigen Strategie der Entsorgung von

Kernkraftwerke in Deutschland



Atommüll-Lagerhalle in Gorleben: Fiktive Entsorgung?

▷ Bonn und die Stromunternehmen lassen den Plan fallen, im Salzstock des niedersächsischen Gorleben ein Endlager für hochradioaktiven Müll einzurichten; statt dessen sollen der Schacht Konrad bei Salzgitter und das einstige DDR-Atommüllendlager in Morsleben (Sachsen-Anhalt) möglichst schnell für

den Strahlenmüll geöffnet oder im Ausland Endlager gefunden werden.

▷ Der Gesetzgeber soll einstweilen auf ein Endlager für hochradioaktive Stoffe als Entsorgungsnachweis verzichten; statt dessen werden neue Zwischenlager als Mittel atomarer Entsorgung gesetzlich anerkannt.

▷ Politik und Wirtschaft vereinbaren eine ungestörte Restlaufzeit für vorhandene Atommeiler; die Option für den Bau neuer Kernkraftwerke mit besserer Sicherheitstechnik bleibt bestehen.

Der Atomvorschlag hat das Regierungslager, die Stromwirtschaft und die Oppositionsparteien gespalten. Ausstiegsgegnern gehen die Vorschläge zu weit, Ausstiegs-

befürwortern fehlt ein alternatives Energie-Szenario in dem Konsenspapier. Die Bonner Umwelt- und Wirtschaftsminister sollen nun mit Gerhard Schröder und den Stromunternehmen eine Einigung aushandeln, die noch in weiter Ferne zu liegen scheint.

Zu den Kritikern der bisherigen Übereinkunft gehört der Hamburger Umweltsektor Fritz Vahrenholt, 43. Der promovierte Chemiker vermißt in dem Schröder-Papier vor allem Ansätze für eine energiepolitische Umsteuerung, die nach seiner Meinung nur über eine radikale Spar-Technologie und eine spürbare Energiesteuer erreichbar ist.

Sozialdemokrat Vahrenholt, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der mehrheitlich der Stadt Hamburg gehörenden Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW), hat letztes Jahr in dem Unternehmen für eine wegweisende Satzungsänderung gesorgt: Die HEW haben „auf Kernenergie so zügig zu verzichten“, wie dies „rechtlich und für die Gesellschaft wirtschaftlich vertretbar ist“.

Atom Müll, das seit Jahren umkämpfte Endlager für den schlimmsten Strahlenschrott im niedersächsischen Gorleben, soll nach dem Kompromiß gleichfalls wegfallen. Damit wird Schröder ein unkalkulierbares Risiko los.

VAHRENHOLT: Ich halte den Verzicht auf Gorleben in dem Konzept für ein bißchen aufgepöppelt. Das dient wohl mehr dazu, den rot-grünen Konsens in Niedersachsen herzustellen. Eine neue Kursbestimmung in der Energiepolitik darf sich nicht allein daran orientieren, ob die Klippen Hanau und Gorleben umschifft werden.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, Schröder und Fischer hätten bei dem Atomhandel mit der Industrie vor allem ihre landespolitischen Vorteile im Sinn gehabt?

VAHRENHOLT: Das Hauptmotiv war es wohl nicht – und landespolitische Interessen sind ja grundsätzlich auch nichts Verwerfliches. Mich stört aber, daß statt Gorleben nun ein Endlager womöglich irgendwo im Ausland gesucht werden soll. Da bin ich mal einer Meinung mit dem Bonner Umweltminister, dem Kollegen Klaus Töpfer. Der hat gesagt: Wir regen uns auf, wenn gebrauchte Joghurtbecher nach Frankreich transportiert werden, aber in der Frage von Plutonium oder hochradioaktivem Material sind wir schnell bereit, das Zeug nach Belgien, in die GUS oder sonstwohin zu schicken. Das halte ich auch für unmöglich.

SPIEGEL: Weil es bislang weltweit kein sicheres atomares Endlager gibt, sollen nach dem Konsenspapier künftig als Entsorgungsnachweis schon sogenannte Zwischenlager ausreichen, in denen die radioaktiven Abfälle dann womöglich bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag strahlen. Ist das nicht ein riskantes Zugeständnis an die Stromkonzerne?

VAHRENHOLT: Wenn wir die direkte Endlagerung wollen, müssen wir Zwischenlager haben. Das ist der einzige vernünftige Weg, um den Ausstieg geordnet zu vollziehen.

SPIEGEL: Zwischenlager werden auch jetzt schon gebraucht, weil die Stromfirmen gar nicht mehr wissen, wo sie ihren Müll lassen sollen, und weil es auf absehbare Zeit kein Endlager gibt. Wenn Zwischenlager künftig als gesetzlicher Entsorgungsnachweis genügen, bringt das die Konzerne aus einer Klemme, die sie selbst verschuldet haben, indem sie strahlende Abfälle produzierten, ohne zu wissen, wohin damit.

VAHRENHOLT: Die Entsorgung des Atom Mülls ist tatsächlich bis heute nicht ansatzweise gelöst. Aber wir haben leider keine Alternative. Entscheidend ist, daß uns dieser Weg in eine risikoärmere Zukunft führen kann. Es muß aber eindeutig klar sein: Die Zwischenlagerung

darf in ein paar Jahren auf keinen Fall dazu benutzt werden, den Wiedereinstieg in die Wiederaufarbeitung und damit erneut in eine fiktive Entsorgung zu versuchen.

SPIEGEL: Nach dem Willen der Stromproduzenten sollen die vorhandenen Kernkraftwerke 40 Jahre lang Strom liefern – das letzte, der 1989 ans Netz gegangene Atommeiler Neckarwestheim, würde also bis ins Jahr 2029 laufen.

VAHRENHOLT: Das ist ziemlich illusionär. Die Atomindustrie selbst hat bislang nur von 30 bis 35 Jahren Laufzeit geredet. Und das kann im Einzelfall schon viel zu lang sein.

SPIEGEL: Die lange Laufzeit garantiert der Stromwirtschaft, daß sie ihre häufig wirtschaftlich längst abgeschriebenen und klapprig gewordenen Kraftwerke bis zur letzten Kilowattstunde profitabel ausnutzen kann.

VAHRENHOLT: Das goldene Ende ist für die Unternehmen natürlich interessant. Aber es darf für ältere Kraftwerke keinesfalls einen Sicherheitsrabatt geben. Für mich ist aber viel wichtiger, daß wir einfach Zeit brauchen, um eine neue Energiebasis aufzubauen. Insofern habe ich keine großen Probleme, wenn das letzte Kernkraftwerk im Jahr 2019 vom Netz geht.

SPIEGEL: Wäre es für Sie ein Erfolg, wenn zumindest die ältesten Atomkraftwerke in Obrigheim, Stade und Biblis jetzt zügig abgeschaltet würden?

VAHRENHOLT: Einen Erfolg sehe ich nur dann, wenn wir zugleich in der Energiepolitik vorankommen. Wenn als Ersatz für Stade und Biblis wie geplant nur ein großes Kohle- oder Gaskraftwerk gebaut oder Atomstrom aus dem französischen Cattenom importiert wird, ist das der falsche Pfad. Wir müssen in der Energiepolitik die Rahmenbedingungen verändern: Energie muß wesentlich teurer werden...

SPIEGEL: ... da werden sich Ihre HEW-Kunden und die Autofahrer aber freuen.

VAHRENHOLT: Wir dürfen die Menschen nicht mit einer falschen Politik scheinbar beglücken. Es kann doch nicht richtig sein, daß wir beispielsweise in Hamburg regenerative Energiequellen wie Sonnen- und Windkraft mit irren Aufwendungen aus Steuergeldern finanzieren müssen, damit sie überhaupt marktfähig werden. Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren leider den falschen Weg eingeschlagen und alles, was zu einer neuen Energiepolitik hätte führen können, brutal vom Tisch gefegt.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

VAHRENHOLT: Bonn hat beispielsweise die steuerliche Förderung für die Modernisierung von Heizungen einge-

G
Hein Gerdie
CLASSICS



Farben: Anthrazit, Curry.
Größen 48–60. Bestell-Nr.: 1801

Klassiker limitiert:

100 exklusive Merino-Lammfelljacken in luxuriöser Verarbeitung zum Einmal-Direktpreis ab Hersteller
Bestell-Tel. 0211/395081, Fax 396184
160-Seiten-Katalog kommt für 10,-
Hammer Str. 17, 4000 Düsseldorf 1.
Exklusiv-Verkauf:
Düsseldorf Hamburg Frankfurt München
Hammer Str.17 Neuer Wall7 Kaiserhof15 Maximilian.38



Seit vielen Jahren
die meistgewählten Schulen
für die Ausbildungsziele:

Heilpraktiker Psychotherapeut

Verwirklichen Sie Ihre persönliche Neigung zum verantwortungsvollen Umgang mit Ihren Mitmenschen und deren seelischen und gesundheitlichen Problemen. Die Verbandsschulen des Freien Verbandes Deutscher Heilpraktiker vermitteln überall in Deutschland und in der Schweiz fundiert und seriös alle Kenntnisse, die Sie zur erfolgreichen Berufsausübung benötigen.

- Voll- oder Teilzeitstudium
- Einziges Institut mit voller Videounterstützung
- Fundierte Ausbildung in Theorie und Praxis
- Assistenzpraktika
- Fachausbildungen: Sport- und Tierheilpraktiker



Info über:

DEUTSCHE PARACELSUS SCHULEN
für Naturheilverfahren GmbH

Sonnenstraße 19/1 · 8000 München 2
Tel. Info tägl. auch Sa. & So. von 8–21.00 Uhr
☎ 089 / 55 85 11

stellt, so daß der Anreiz zum Energiesparen weggefallen ist. Gestrichen wurden Mittel für die Förderung der Fernwärme ebenso wie die Steuervorteile für die Entwicklung energiesparender Produkte. Das alles sind verkehrte Signale.

SPIEGEL: Die sendet auch das Konsenspapier aus. Darin steht nach wie vor, die Industrie wolle sich bemühen, einen sicheren Atommeiler zu entwickeln. Kann es überhaupt einen absolut sicheren Reaktor geben?

VAHRENHOLT: Zumindest bei den jetzigen Leichtwasserreaktoren kann man allenfalls die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls senken, auszuschließen ist er sicher nicht. Was da gegenwärtig in deutsch-französischer Zusammenarbeit projiziert wird, ein auch beim größten Unfall für die Umwelt unschädlicher Reaktor, wird die erhoffte Sicherheit nicht bieten. Da geht es im wesentlichen nur darum, mit noch mehr Stahl und Beton noch größere Reaktoren mit ein paar zusätzlichen Sicherheitskinkerlitzchen auszustatten.

SPIEGEL: Das Öko-Institut in Darmstadt sieht in dem Reaktorprojekt eine Vervollkommnung der falschen Dinosaurier-Technik und fordert die Umkehr zu kleinen Kraftwerkseinheiten mit Kraft-Wärme-Kopplung.

VAHRENHOLT: Das kann ich nur unterstützen. Der Riesenreaktor führt energiepolitisch in die Irre. Die Kernkraft hat die Gesellschaft schon viel zu lange gespalten. Deshalb darf es auch jetzt, wo wir noch nicht mal mit dem Ausstieg begonnen haben, keine Signale für einen Wiedereinstieg geben.

SPIEGEL: Wo soll die neue, teurere Energie denn herkommen?

VAHRENHOLT: Jetzt kommen Sie wieder mit dem Schreckgespenst der Kosten. Die heute viel zu niedrigen Energiepreise berücksichtigen doch weder die Begrenztheit der Ressourcen noch die schädliche Wirkung des Verbrauchs fossiler Energien wie Öl, Kohle und Gas, noch das Risiko der Atomkraftnutzung. Abhilfe kann nach meiner Überzeugung nur eine Energiesteuer schaffen.

Ich nenne mal ein Beispiel: Die Bundesrepublik hat 1990 rund 46 Milliarden Mark für Energieimporte aufgewendet.

Zwischen 1981 und 1985, also während der zweiten Ölpreiskrise, mußten wir jedes Jahr 90 bis 95 Milliarden Mark für die Energieeinfuhr zahlen. Damals gab es also quasi eine Energieimportsteuer in Höhe von 50 Milliarden Mark. Hätten wir dieses Geld heute, könnten wir damit tolle Energiesparmaßnahmen finanzieren.

SPIEGEL: Mit der Energiesteuer wollen Sie das Sparen bezahlen?

VAHRENHOLT: Energiesparen muß die wichtigste neue Energiequelle werden. Das kostet Geld, etwa für neue Heizungsanlagen, für Wärmedämmung und für die Entwicklung von stromsparenden Haushaltsgeräten. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß es schwie-

VAHRENHOLT: In Hamburg schließen wir beispielsweise jedes Jahr 8000 Wohnungen an die Fernwärme an. Mit Fördermitteln verringern wir die elektrischen Nachtspeicherheizungen und sparen so pro Jahr 40 Megawatt Kraftwerksleistung ein. Wir bauen Blockheizkraftwerke, die einen hohen Wirkungsgrad haben. Seit 1. Januar gilt bei uns eine neue Wärmenorm nach schwedischem Vorbild, die uns 30 Prozent Energieeinsparung bringt. Und wir wollen Strom aus Wasserkraft aus Norwegen importieren, die dort zur Zeit noch ungenutzt durch die Turbinen rauscht. So gibt es viele kleine Einzelbeiträge, die in der Summe dazu führen, unsere alten Kernkraftwerke zum Teil zu ersetzen. Für die Stromerzeugung kommen wir



Demonstration in Gorleben*: „Wenn wir die Endlagerung wollen, brauchen wir Zwischenlager“

riger sein soll, eine geräuscharme, sparsame Waschmaschine, die auch nachts laufen kann, zu entwickeln als einen sicheren Atomreaktor.

Außerdem müssen Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien viel stärker gefördert werden. Es ist doch unmöglich, daß vom Bundesforschungsminister die Kernkraft mit mehreren hundert Millionen noch immer doppelt so stark unterstützt wird wie die Entwicklung der Sonnen-, Wind- und Wasserkraft. Und für Energiespartechnologie ist im Forschungshaushalt keine Mark vorgesehen.

SPIEGEL: Was tun Sie denn in Hamburg, um diese Energiequellen zu erschließen?

erst einmal an neuen Kohle- und Gaskraftwerken nicht vorbei. Was die zusätzlich an Kohlendioxid in die Luft blasen, müssen wir überproportional im Wärme- und Verkehrsbereich einsparen.

SPIEGEL: Und warum steht von solchen Alternativen nichts im Schröder-Papier?

VAHRENHOLT: Dort wurde leider nur eine Einigung über Kernkraft gesucht. Der Weg der Umsteuerung und des Verzichts ist aber viel schwieriger und steiniger. Sicher ist, daß wir nicht weitermachen können wie bisher, sonst ist die Katastrophe programmiert.

SPIEGEL: Herr Vahrenholt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Am Dienstag vergangener Woche.